Deutscher Bundestag **Drucksache 14/5942**
14. Wahlperiode 04. 05. 2001

Fragen

für die Fragestunde der 166. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 9. Mai 2001

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	*Nummer der Frage*
Aigner, Ilse (CDU/CSU)	8, 9
Austermann, Dietrich (CDU/CSU)	21
Blank, Renate (CDU/CSU)	27, 28
Friedrich, Dr. Hans-Peter (Hof) (CDU/CSU)	19, 20
Fromme, Jochen-Konrad (CDU/CSU)	10
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	29, 30
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	2, 3
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	1, 14
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	15, 16
Lammert, Dr. Norbert (CDU/CSU)	13
Lenke, Ina (F.D.P.)	4, 5
Lensing, Werner (CDU/CSU)	17, 18
Müller, Dr. Gerd (CDU/CSU)	24, 25
Schnieber-Jastram, Birgit (CDU/CSU)	11, 12
Siemann, Werner (CDU/CSU)	22, 23
Weiß, Gerald (Groß-Gerau) (CDU/CSU)	26
Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	6, 7

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

1. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)	Bis wann wird der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Werner Müller, die von ihm und der Beauftragten der Bundesregierung für den Mittelstand, der Parlamentarischen Staatssekretärin Margareta Wolf, angekündigten Deregulierungsvorschläge im Wirtschafts- und Mittelstandsbereich dem Parlament vorlegen, und teilt die Bundesregierung die Meinung, dass, falls die Vorschläge nicht vor der Sommerpause dem Parlament vorliegen, zu befürchten ist, dass sie wegen der zur Verfügung stehenden Zeit in dieser Legislaturperiode nicht mehr ausgiebig beraten und beschlossen werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

2. Abgeordneter **Helmut Heiderich** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage, dass „die groß angekündigte Agrarwende von Frau Künast nicht einmal unter dem Mikroskop“ zu erkennen sei („Süddeutsche Zeitung“ vom 2. April 2001), und wann gedenkt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag entsprechende Konzepte und Beschlussvorlagen zur „neuen Agrarpolitik“ vorzulegen?
3. Abgeordneter **Helmut Heiderich** (CDU/CSU)	Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung nach der Ankündigung eines amerikanischen Supermarkt-Giganten, weitere 1 000 Lebensmittel-Produkte dauerhaft im Verkaufspreis zu senken, ergriffen vor dem Hintergrund ihrer Handlungsmaxime des „magischen Sechsecks“ in ihrer so genannten neuen Agrarpolitik, und wie wird sie verhindern, dass dieser Preisdruck auf das Lebensmittel produzierende Gewerbe sowie die Landwirtschaft durchschlägt und dort entweder das Einkommen reduziert oder einen Zwang zu höheren Produktionsmengen und größeren Wirtschaftseinheiten auslöst, zumal Deutschland bereits heute die niedrigsten Verbraucherpreise für Lebensmittel in Europa hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

4. Abgeordnete **Ina Lenke** (F.D.P.)

Sind die Zweifel an gesetzlichen Maßnahmen zur Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft, die Bundeskanzler Gerhard Schröder am 3. April 2001 vor dem Siemens Forum geäußert hat und die sowohl den Plänen der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Christine Bergmann, als auch dem Koalitionsvertrag widersprechen, so zu verstehen, dass innerhalb der laufenden Legislaturperiode nicht mehr, sondern frühestens in drei Jahren mit einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft zu rechnen ist?

5. Abgeordnete **Ina Lenke** (F.D.P.)

Gibt es bereits neue konkrete Planungen für Regelungen unterhalb der Ebene des geplanten Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft, und wenn ja, welcher Gestalt sollen diese Regelungen sein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

6. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass das Bundeskanzleramt in einem Kabinettsvermerk zu dem am 4. April 2001 vom Bundeskabinett verabschiedeten Aktionsprogramm 2015 über den Beitrag der Bundesregierung zur weltweiten Halbierung extremer Armut den „kritisch zu beurteilenden Konkretisierungsgrad“ dieses Programmes bemängelt und feststellt, dass „die Chancen nicht unbedingt genutzt worden“ seien, „politische Akzente und Highlights zu setzen“ (vgl. DIE ZEIT vom 19. April 2001)?

7. Abgeordneter **Peter Weiß (Emmendingen)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass entgegen ursprünglicher Planungen das zur Umsetzung des Aktionsprogramms 2015 vorgesehene „Nationale Dialogforum“ nicht mit einer Zuordnung zum Bundeskanzleramt aufgewertet werden soll?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

8. Abgeordnete **Ilse Aigner** (CDU/CSU)

Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher getroffen, um die Abschaltung des Senders International Broadcasting Bureau (IBB), der von den Vereinigten Staaten von Amerika betrieben wird und sich auf einem von der Bundesregierung verpachteten Gelände in Holzkirchen-Oberlaindern befindet, zu erreichen, und welche Abteilung des zuständigen Ministeriums hat gegebenenfalls Gespräche mit Vertretern des amerikanischen Außenministeriums zu dem mit der Sendeanlage IBB am Standort Holzkirchen-Oberlaindern zusammenhängenden Problemkreis, insbesondere zur Abschaltung der Sendeanlage bzw. der Kündigung des Pachtvertrages, geführt?

9. Abgeordnete **Ilse Aigner** (CDU/CSU)

Wie erklärt sich die Bundesregierung die plötzliche Abschaltung des Mittelwellensenders der Sendeanlage International Broadcasting Bureau (IBB) am Standort Holzkirchen-Oberlaindern im April 2001, und inwiefern ist diese Abschaltung auf die Initiative der Bundesregierung zurückzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

10. Abgeordneter **Jochen-Konrad Fromme** (CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung bei der Rentenreform keine Regelung aufgenommen, die den ungeschmälerten Rentenbezug (ohne Abzüge) nach 45 Beitragsjahren ohne Rücksicht auf das Renteneintrittsalter gewährt, um so anhängige Verfassungsgerichtsverfahren gegenstandslos zu machen?

11. Abgeordnete **Birgit Schnieber-Jastram** (CDU/CSU)

Auf welcher offiziellen Statistik oder Berechnungsgrundlage beruht die in einem Interview mit der „Bild“-Zeitung vom 6. April 2001 geäußerte Angabe des Bundeskanzlers Gerhard Schröder, im letzten Jahr der Regierung Kohl habe es in Deutschland 4,8 Millionen Arbeitslose gegeben?

12. Abgeordnete
Birgit Schnieber-Jastram
(CDU/CSU)

Wie ist vor dem Hintergrund, dass die offizielle Erwerbslosenstatistik für den September 1998 eine Erwerbslosenzahl von 3 965 328 verzeichnet, bei dem derzeitigen Stand der Arbeitslosigkeit die Angabe des Bundeskanzlers Gerhard Schröder in dem selben Interview zu verstehen, seit seiner Regierungszeit habe die Arbeitslosenzahl um eine Million abgenommen?

13. Abgeordneter
Dr. Norbert Lammert
(CDU/CSU)

Nach welchen Kriterien entscheidet die Bundesregierung über den Sitz der geplanten zentralen Zahlstelle des Bundes für das Zulageverfahren im Rahmen der ergänzenden Altersvorsorge, und wann ist mit einer verbindlichen Entscheidung zu rechnen?

14. Abgeordneter
Ernst Hinsken
(CDU/CSU)

Wie viele finanzielle Mittel des Bundes wurden bisher insgesamt über das JUMP-Programm (JUMP: Sofortprogramm der Bundesregierung zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit) bis zum letzten Stichtag bereitgestellt, und wie viele Jugendliche haben davon Gebrauch gemacht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

15. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Wie begründet die Bundesregierung die von der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesministerium der Verteidigung, Brigitte Schulte, in der Fragestunde des Deutschen Bundestages am 28. März 2001 hinsichtlich des Bundeswehrstandortes Bayreuth geäußerte Auffassung, dass es ein „Fehler“ war, „eine mit zwei Bataillonen besetzte, viel zu große Kasernenanlage (...) anschließend mit einem Luftwaffenausbildungsregiment zu besetzen“ (vgl. Plenarprotokoll 14/160, S. 15609 B), vor dem Hintergrund, dass zum Zeitpunkt der Nutzung dieser Kasernenanlage durch das 1. Panzergrenadierbataillon 102 und das Panzerartilleriebataillon 125 die Belegungsstärke 1 325 betrug, die derzeitige Belegungsstärke gemäß Stärke- und Ausrüstungsnachweisung (STAN) 984 Personen beträgt?

16. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Auf welche Ursache führt die Bundesregierung die Reduzierung der Nutzungskapazität der Markgrafenkaserne in Bayreuth zwischen 1993 und 2001 zurück?

17. Abgeordneter **Werner Lensing** (CDU/CSU)

In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung, die im jüngsten Jahresbericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Dr. Willfried Penner, festgestellten Defizite in der überarbeiteten Zentralen Dienstvorschrift 12/1 „Politische Bildung in der Bundeswehr“ zu beheben, damit die für die Politische Bildung verantwortlichen Disziplinarvorgesetzten Gelegenheit erhalten, genügend „Zeit und Sorgfalt“ in die Vorbereitung und Durchführung der Politischen Bildung zu investieren?

18. Abgeordneter **Werner Lensing** (CDU/CSU)

Wie beabsichtigt die Bundesregierung, die im jüngsten Jahresbericht des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Dr. Willfried Penner, festgestellten Defizite im Bereich des Informationsangebots zur Politischen Bildung – insbesondere nach der Einstellung wichtiger Printmedien – zu verbessern?

19. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung auch die Möglichkeit geprüft, in der Markgrafenkaserne in Bayreuth zu deren Auslastungsoptimierung das Kreiswehrersatzamt Bayreuth und die Außenstelle der Standortverwaltung aufzunehmen, nachdem seitens des Amtsgerichts Bayreuth und der Autobahnmeisterei Interesse am Erwerb der dann frei werdenen Liegenschaften bekundet wurde, und wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, das Areal des außerhalb der Markgrafenkaserne gelegenen Großparkplatzes zu veräußern, um damit einen Teil der notwendigen Sanierungsmaßnahmen zu erwirtschaften?

20. Abgeordneter **Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag, den Erhalt des Bundeswehrstandortes Bayreuth durch die Verlegung von Ausbildungskompanien der Luftwaffe von Budel/Niederlande nach Bayreuth zu sichern, nachdem in Budel ab August 2001 die CIMIC Group North (CIMIC: Civil-Military Cooperation) als multinationaler Verband aufgestellt wird, sowie vor dem Hintergrund eines klaren Übergewichts von im Norden Deutschlands stationierten Luftwaffen-Ausbildungskompanien im Vergleich zum Süden (Norden: 22 Kompanien, Süden: 14 Kompanien)?

21. Abgeordneter **Dietrich Austermann** (CDU/CSU)

Mit welchem Ergebnis wurde im Zuge der Standortüberprüfungen die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Standortverwaltung Düren abgeschlossen?

22. Abgeordneter **Werner Siemann** (CDU/CSU)

Beabsichtigt der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, anlässlich der Luftfahrtausstellung in Le Bourget ein Memorandum of Understanding zur Beschaffung des taktischen Militärtransporters Airbus A 400M zu unterzeichnen, und wie soll das Projekt finanziert werden?

23. Abgeordneter **Werner Siemann** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr, dass Großbritannien aus diesem großen europäischen Beschaffungsvorhaben aussteigt, wenn der Programmstart nicht in diesem Jahr erfolgt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

24. Abgeordneter **Dr. Gerd Müller** (CDU/CSU)

In welchem Zeitraum ist die Bundesregierung bereit, für den dringend notwendigen Weiterbau der Bundesstraße B 19 als einzige Zufahrtsstraße nach Oberstdorf und vor dem Hintergrund der Nordischen Skiweltmeisterschaften 2005 Finanzmittel bereitzustellen?

25. Abgeordneter **Dr. Gerd Müller** (CDU/CSU)

Zu welchem Zeitpunkt ist die Bundesregierung bereit, den Weiterbau der B 19 und in welcher Höhe zu finanzieren vor dem Hintergrund, dass 4 200 Bürger neben Mandatsträgern und der örtlichen Wirtschaft auf den dringlichen Weiterbau der B 19 erneut aufmerksam gemacht haben?

26. Abgeordneter **Gerald Weiß (Groß-Gerau)** (CDU/CSU)

Warum wird trotz offenkundiger Dringlichkeit und vorliegender umfangreicher Planungen der Ausbau der Bundesautobahn A 66 zwischen Wiesbaden und Frankfurt erneut geprüft und damit die Aufnahme in das „Anti-Stau-Programm“ verzögert?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

27. Abgeordnete
Renate Blank
(CDU/CSU)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der katastrophalen Logistik, die, trotz entsprechender Vorlaufzeit, beim Polizei-Einsatz zum Schutz des Castor-Transports in Niedersachsen vom 23. bis 29. März 2001, an dem u. a. auch 1 300 junge Männer und Frauen der bayerischen Bereitschaftspolizei eingesetzt waren, dazu geführt hat, dass jede/r Beamtin/Beamte nur 1,5 qm Platz ohne Rückzugsmöglichkeit zur Verfügung hatte, während jedem Straftäter mindestens 3,5 qm zustehen, und durch die unhygienischen Verhältnisse vor Ort zahlreiche Beamte erkrankt sind?

28. Abgeordnete
Renate Blank
(CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass im Rahmen ihrer Zuständigkeit und Fürsorgepflicht bei der Vorbereitung von künftigen Großeinsätzen Unterbringung, Ausbildung und Ausrüstung der Einsatzkräfte gleichwertig gut sind, alle geltenden Arbeitsschutzbestimmungen beachtet und die Beschwerden eingesetzter Beamtinnen/Beamter genauso korrekt bearbeiten werden, wie Beschwerden aus der Bevölkerung?

29. Abgeordneter
Norbert Hauser (Bonn)
(CDU/CSU)

Trifft eine Meldung im „Bonner Express“ vom 27. April 2001 zu, nach der die Bundesregierung plant, die Mitarbeiter für die „Projektgruppe WM 2006“ anlässlich der Fußballweltmeisterschaft in Deutschland in den Büroräumen des Bundesministeriums des Innern in Bonn unterzubringen und dass aufgrund der bereits dafür erfolgten Freihaltung einer Etage im „Haus 6“ die Arbeitsbedingungen im Bundesministerium des Innern deutlich schlechter geworden seien?

30. Abgeordneter
Norbert Hauser (Bonn)
(CDU/CSU)

Stimmt die Behauptung des „Bonner Express“ im gleichen Artikel, dass vom Bundesministerium des Innern angemietete Räume („Haus 6“) im Jahr 2004 an das Statistische Bundesamt übergeben werden müssen, und sollte dies der Fall sein, wie beabsichtigt die Bundesregierung ab 2004 die Arbeitsfähigkeit in den in Bonn verbleibenden Arbeitseinheiten des Bundesministeriums des Innern sicherzustellen?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333